

Der Staat als Feuerwehr

Von
Heiner Flassbeck

Neues Deutschland, 7. Oktober 2008

Die Finanzkrise scheint ohne Ende und ohne Grenzen. Nachdem der deutsche Finanzminister noch vor einer Woche im Bundestag selbstgefällig Richtung USA zeigte, wo er die Quelle allen Übels wähnte, musste er 24 Stunden später selbst Feuerwehr spielen und mit hohem Einsatz von Steuergeld eine deutsche Bank vor dem Untergang retten. Da auch in anderen europäischen Ländern die staatliche Feuerwehr ausrückte, ist das Gerede von der amerikanischen Krise schnell verstummt. Es ist eine Krise des Systems von Finanzmärkten, das in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut wurde und zwar in allen industrialisierten Ländern. Es ist an der Zeit, dass Finanzpolitiker aller Länder das begreifen.

Folglich muss überall Schluss sein mit der Verherrlichung der Finanzmärkte. Finanzmärkte sind nicht effizient und sie sind nicht innovativ. Im Gegenteil, sie sind so einfallslos, dass sie seit Jahrzehnten immer das gleiche Spiel spielen. Das Spiel heißt, ich suche mir einen Markt mit steigenden Preisen, kaufe mich ein, verkaufe zu einem höheren Preis und steige aus, bevor die Preise wieder fallen. Da das natürlich alle wollen, kann es nicht gut gehen, denn in dem Spiel wird ja nichts produziert, sondern der eine gewinnt immer nur so viel, wie ein anderer verliert. Zuerst gewinnen scheinbar alle. Doch wenn es ans Verlieren geht, schreien sie nach dem Staat. Weil es plötzlich so viele Verlierer gibt, kann der Staat sie in der Tat nicht einfach hopps gehen lassen, sondern rettet „das System“. Das wäre einmal hinzunehmen, wenn der Staat etwas daraus lernen würde. Sind aber erst einmal ein paar Jahre vergangen, kommen die Marktfundamentalisten wieder aus ihren Löchern und fordern die vollständige Freiheit für die Zocker.

Richtig schlimm wird es aber dann, wenn der Staat nicht rechtzeitig merkt, dass die Krise auf die Realwirtschaft übergreift. Das ist derzeit bei den Verantwortlichen in Europa das größte Problem. Sie tun so, als könnten sie einfach weitermachen mit ihrer Politik, als sei nichts geschehen. Das ist unglaublich gefährlich. Nur wer jetzt alles daran setzt, eine schwere Rezession in der Welt zu verhindern, kann hoffen, dass die Finanzkrise am Ende mit Feuerwehreinsätzen zu bewältigen ist. Nur wenn es gelingt, das Vertrauen der privaten Haushalte und der Investoren in Sachanlagen wiederzubeleben, werden die Banken sich erholen und die vielen jetzt wertlosen Papiere wieder an Wert gewinnen können. Auch hier muss der Staat unweigerlich ran.

Das marktwirtschaftliche System ist instabil. Wer in einer Zeit, wo alle Angst um ihre Vermögen und ihre Arbeitsplätze haben, darauf vertraut, das System werde sich schon irgendwie selber helfen, ist mehr als naiv, er ist dumm. Wer mit so etwas Werbung macht wie die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“, ist verantwortungslos. Offenbar verstehen in Deutschland auch nach 50 Jahren sozialer Marktwirtschaft gerade die glühenden Verfechter dieses Systems immer noch nicht, dass für die Gesamtwirtschaft andere Gesetze als für den einzelnen Betrieb oder für den privaten Haushalt gelten. Wenn jetzt alle privaten Haushalte und alle Unternehmen wegen der Finanzkrise vorsichtig werden, ihr Geld auf die hohe Kante legen, weil sie Angst vor der weiteren Entwicklung haben, droht eine Katastrophe. Weil in der Gesamtwirtschaft die Ausgaben des Einen die Erträge des Anderen sind, kommt in solch einem Szenario unweigerlich zu einer Spirale nach unten, die nur der Staat und die Zentralbank aufhalten können, weil nur sie in der Lage sind, bewusst gegen den Strom zu schwimmen.

Leider sieht es wegen ideologischer Verhärtung zurzeit bei der Europäischen Zentralbank düster aus. Nach der fatalen Fehlentscheidung, im Sommer die Zinsen noch einmal zu erhöhen, stehen die Zentralbanker wie schon so oft unter politischem Druck, rasch zu handeln – und genau weil es diesen Druck gibt, weigern sie sich - wie die kleinen Kinder - das einzig Richtige rasch zu tun, nämlich die Zinsen deutlich zu senken. Da sich auch die Finanzpolitiker der Eurozone selbst in die Zwangsjacke einer schnellen Reduzierung der Staatsschulden gesteckt haben und wegen der Belastungen aus der Finanzkrise sowieso um ihre Defizitziele bangen, muss den Bürgern tatsächlich langsam Angst und Bange werden.

Es droht ein Versagen der Wirtschaftspolitik in Europa in einer geradezu historischen Dimension. Fehlt nur noch, dass es losgeht mit der Forderung, auch die Arbeitnehmer müssten jetzt Opfer bringen, was heißt, die Lohnabschlüsse müssten wegen der Krise deutlich nach unten angepasst werden. Übrigens, in der letzten Krise dieses Ausmaßes, in den Jahren 1929/30, begann die eigentliche Katastrophe damit, dass allenthalben, und das hieß schon damals rund um die Welt, die Löhne gesenkt wurden.